

Presseinformation

Potsdam, 13. September 2007

54. Sitzung des Landtages

TOP: Agrarwirtschaftsinitiative

Redebeitrag: Kornelia Wehlan
(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

mit dem vorliegenden Antrag hat die Linksfraktion die Initiative ergriffen, um über die parlamentarische Diskussion zur „Agrarwirtschaftsinitiative Brandenburg“, die zukünftigen Aufgaben und Zielstellungen zur Sicherung der Wirtschaftskraft der Agrarunternehmen und der Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes in Brandenburg herauszuarbeiten.

Und um gleich zu Beginn keinen Zweifel daran zu lassen, möchte ich, wie auch schon im Antragstext formuliert, deutlich für die Linksfraktion erklären, dass wir die Agrarwirtschaftsinitiative in ihrer politischen Zielstellung durchaus unterstützen.

Das heißt nicht, dass wir den Prozess der Umsetzung ohne Probleme – ja und auch anderen Schwerpunktsetzungen sehen. Zumal vom September 2004 – der Gründung der Agrarwirtschaftsinitiative und ihrer Aufnahme in die Koalitionsvereinbarung - bis heute doch so einige Entscheidungen getroffen wurden, die nicht mit der Intention der Agrarwirtschaftsinitiative zur Stärkung des ländlichen Raums harmonieren – ja diese u.E. sogar konterkarieren.

Verweisen möchte ich auf das neue raumordnerische Leitbild der Landesregierung – zur Metropolenregion, die Fortschreibung der Landesentwicklungsplanung und das neue Wirtschaftsförderkonzept mit der Ausrichtung „Stärken stärken“.

Ihre dabei getroffenen Entscheidungen wie zur Abkehr vom Leitbild der dezentralen Konzentration, zur Neugliederung der überörtlichen Daseinsvorsorge und ihre Bindung nur noch an Ober- und Mittelzentren sowie die von ihnen relativ willkürlich ausgewählten Regionalen Wachstumskerne und Branchenkompetenzfelder, haben gerade in den ländlichen Regionen und Gemeinden für starke Verunsicherung gesorgt und zu Befürchtungen geführt, man werde

Die Linkspartei.PDS-Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: pressestelle@
dielinke-fraktion.brandenburg.de

abgehängt und aufgegeben und die ländlichen Räume, insbesondere die peripheren strukturschwachen sollen weitestgehend sich selbst überlassen sein.

Und wenn man eine solche politische Ausrichtung für das Land fährt, braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn in der Öffentlichkeit das Gutachten zum demografischen Wandel in Brandenburg des Berlin-Instituts ausschließlich auf die Wegzugprämie für Menschen aus Randregionen reduziert wird. Ich wünsche mir für die weitere Diskussion eine Versachlichung und einen produktiven Gedankenaustausch und ein deutliches Signal vom Landtag: Es geht nicht um Prämien zum Wegzug, sondern um Förderung zum Hier bleiben und Wiederkommen.

Natürlich muss dabei berücksichtigt werden, dass wir es in Brandenburg mit einer sehr differenzierten Situation zu tun haben. Während die ländlichen Gebiete im Berlin-Potsdamer "Speckgürtel" teilweise von der Entwicklung der benachbarten Zentren profitieren, insbesondere durch den Zuzug von Wohnbevölkerung, die Verlagerung von Arbeitsplätzen oder durch Unternehmensgründungen und -erweiterungen potenzieren sich in den peripheren und strukturschwachen ländlichen Räumen die Problemlagen wie

- unzureichende wirtschaftliche Entwicklung,
- hohe und verstetigte Arbeitslosigkeit,
- niedrige Einkommen,
- gravierende Defizite in der Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen.

Daraus resultiert Abwanderung von jungen und qualifizierten Menschen, die zu fortschreitender Überalterung der Bevölkerung führt und damit diese Räume in ihren Bestand als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume und funktionsfähige Kulturlandschaften gefährden.

Das ist besonders problematisch, weil diese Räume nicht aus eigener Kraft mit der Entwicklung der übrigen Räume Schritt halten können. Hieraus erwächst die gesellschaftliche Verpflichtung, diese Regionen im besonderem Maße staatlich zu fördern und die Wirksamkeit des diesbezüglichen Instrumentariums auf den Prüfstand zu stellen und zu optimieren. Ein bloßes Ausgabenstreichen ist dabei wenig hilfreich und auch nicht, dass man überörtliche Funktionen für Gemeinden, die diese in ländlichen Regionen haben wie für Bildung, Sozial- und Kultureinrichtungen sowie Stützpunktfeuerwehren, einfach wegbeschießt.

Nun werden Sie sich fragen, was hat diese Panikmache mit dem

vorliegenden Antrag zu tun. Das kann ich ihnen sagen: Natürlich wird es auch weiterhin die Zweckbindung aus Brüssel und Berlin der Mittel für die Agrarproduktion und die ländliche Entwicklung geben.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn die Probleme der ländlichen Räume lassen sich nicht allein mit dem Instrumentarium der "neuen" Agrarpolitik und des ELER-Fonds lösen. Eine integrierte ländliche Entwicklungspolitik darf nicht nur auf die Agrarpolitik- sprich Agrarfinanzen reduziert werden, sondern muss gleichermaßen die Regional-, Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturpolitik einbeziehen.

Die Agrarwirtschaftsinitiative zur Stärkung des ländlichen Raumes umfasst mit der Stärkung der Wirtschaftskraft der Agrarunternehmen einen sehr wichtigen Bereich. Was aber fehlt ist ein Gesamtkonzept der Landesregierung zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Letztendlich macht die aktuelle Diskussion zum Gutachten genau dieses Manko deutlich.

Wir unterstützen sehr Ihre Forderung Herr Minister, die Landwirtschaft als Wirtschaftszweig zu betrachten und auch so zu behandeln. Die Überwindung der Eigenkapitalschwäche von Agrarbetrieben, die Sicherung des Bodens in diesem Zusammenhang, um Arbeits- und Ausbildungsplätze für junge Dorfbewohner auch zukünftig zu entwickeln, gehören für uns unbedingt dazu.

Wir stehen ja erst am Beginn der Haushaltsdiskussion aber ich kann Ihnen schon heute ankündigen, dass wir auch für den Doppelhaushalt 2008 und 2009 die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Primärproduktion in ein Bürgschaftssystem zum Ausgleich geringer Eigenkapitalausstattung beantragen werden.

Warum wir das tun, dafür gibt es viele Gründe. Einer ist, dass gerade in Zeiten offensichtlich unaufhaltsamer Verlagerungen industrieller Arbeitsplätze ins Ausland, die Agrarbetriebe mit ihrer Bindung zum Produktionsmittel Boden ein wichtiger Stabilitätsfaktor in Brandenburg sind, vor allem und gerade in den peripheren strukturschwachen Regionen wie Elbe-Elster, Uckermark, Prignitz und Ostprignitz-Ruppin, wo der Anteil der Erwerbsfähigen in der Agrarwirtschaft überdurchschnittlich hoch ist. Wir sprechen hier immerhin von einem Beschäftigungspotential von 40.000 Arbeitskräften in der Primärproduktion und bezieht man den vor- und nachgelagerten Bereich mit ein, dann sind es 70.000.

Hier komme ich zu einem anderen Schluss als das Gutachten des Berliner Institutes, dessen Lesart sich einordnen lässt in die Begrifflichkeit „Zurück zur bäuerlichen Idylle“.

Auf dieser ideologischen Ebene aber wird man die Fragen der Globalisierung, der Regionalität, der ökologischen Nachhaltigkeit, zum Gentechnikeinsatz und zu den Subventionen der Agrarbetriebe nicht lösen können. Da sind wir auch schon weiter und haben in unserem Leitbild „Für ein Brandenburg der Regionen“ Potentiale aufgezeigt. Z.B. wenn es gelingt, die hochproduktiven Agrarbetriebe als Motor der regionalen Entwicklung mit dem Aufbau einer regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft in den ländlichen Räumen zu verbinden. Der Biomasseaktionsplan der Landesregierung ist dabei eine solide Grundlage, muss weiterentwickelt werden und fordert nahezu heraus Potentiale für Innovationen, Netzbildung, Synergien – für Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum zu entwickeln.

Und nicht in Konkurrenz, sondern in Kombination von regional veredelten und direkt vermarkteten pflanzlichen und tierischen Landwirtschaftsprodukten. Es muss darum gehen Wertschöpfung und Erlöse in der Region zu halten. Der Berlin-Markt liegt vor der Tür und kann mit heimischer Produktion und Öko-Produkten gegenwärtig gar nicht abgedeckt werden. Auch deshalb bedarf der umweltfreundlichste Landbau – der ökologische - einer besonderen Förderung.

Und hier schließt sich eben nach Rechtslage eine nachbarschaftliche Koexistenz von Biolandbau und Gentechnikpflanzen aus.

Auch diese Fragen gehören in die Debatte zur Agrarwirtschaftsinitiative Brandenburg.

Darüber hinaus bedarf es klarer Vorstellungen, wie die Brandenburger Landwirtschaft in der langfristigen Perspektive, d.h. im Zeitraum nach der aktuellen GAP-Reform, aussehen und bei einer gegenüber heute weit geringeren Abschottung des EU-Agrarmarktes funktionieren soll.

Natürlich müssen wir uns dabei auch mit den öffentlich verkündeten Überlegungen von EU-Verantwortlichen zur Absenkung, zur betriebsgrößenabhängigen Staffelung bzw. Begrenzung und zur Umverteilung der Direktzahlungen für die Agrarbetriebe auseinander setzen. Letztlich zielen diese auf eine Teilkorrektur der GAP-Reform im laufenden Planungszeitraum ab. Nicht nur aus Gründen der Glaubwürdigkeit der Politik, sondern vor allem aus Gründen der Planungssicherheit und damit der Investitions- und Liquiditätssicherheit der Agrarbetriebe ist diese Lex Ost abzulehnen.

Zumal – und das hat auch der aktuelle Agrarbericht 2007 deutlich gezeigt - die Einkommen der Landwirtschaftsbetriebe in Brandenburg vielfach nur durch die staatlichen Zahlungen gesichert

werden konnten und die Einkommen der Landwirte zu vergleichbaren Branchen - trotz umfangreicher Subventionierung - weit unterdurchschnittlich sind. Ein Mindestlohn im Agrarwirtschaftsbereich steht längst auf der Tagesordnung und gehört auch in die Debatte zur Agrarwirtschaftsinitiative.

Anrede,
kein anderes Bundesland hat wie Brandenburg solch ungünstige natürliche Standortbedingungen. Rund 75 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind als benachteiligt eingestuft. Das stellt hohe Anforderungen an die Kreativität der Landwirte, aber auch an die Agrarpolitik. Letztere muss die Rahmenbedingungen für eine den sehr unterschiedlichen Standortbedingungen entsprechende, flächendeckende Landbewirtschaftung setzen. Auch um ein Brachfallen landwirtschaftlich genutzter Flächen bei der weiteren Liberalisierung der Agrarmärkte zu verhindern, denn das hätte gerade für die strukturschwachen ländlichen Gebiete äußerst negative wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen. Ich glaube, dass auch diese Fragen durch das Berliner Institut unterschätzt werden. Ein zurück zur Natur greift entschieden zu kurz.

Wenn gleich die Regierung bemüht ist, den Stellenwert der Ausgleichszulage in diesem Zusammenhang als klein darzustellen, stehen wir auf dem Standpunkt: Die Kürzung um 50 Prozent ist ein harter Brocken und die Anbindung an die 0,3 Vieheinheiten je Hektar für einige Betriebe ein extrem großer Einschnitt. In die Berichterstattung im Januar sollte deshalb der Prüfauftrag des Landesbauernverbandes an den Minister, anlässlich der diesjährigen BRALA in Paaren Glien einbezogen und mit einem Standpunkt der Landesregierung versehen werden.

Und wenn man die Wetterkapriolen in diesem Jahr betrachtet, so haben sie einmal mehr gezeigt, dass die Themen Klima, Wasserhaushalt und Agrarwirtschaft eng miteinander verbunden sind. Nach der langen Frühjahrstrockenheit, Frost, Sturm, Hagel, Platzregen, Lagergetreide und Pilzkrankungen sind erhebliche Mindererträge und -qualitäten zu verzeichnen. Gleichzeitig versagten viele Entwässerungsgräben insbesondere im Gebiet des Rhin- und Havelluchs, ihren Dienst.

Insgesamt wurde gegenüber dem mehrjährigen Mittel 2007 rund 10 Prozent weniger Getreide geerntet und schwankt in Abhängigkeit von Kulturen und Regionen zwischen 4 und 27 Prozent. Einziger Trost der knappen Ernte sind gute Preise, zu denen bei

Getreide kostendeckend produziert werden kann. Diese wie auch schon bei der Milch für steigende Lebensmittelpreise verantwortlich zu machen halten wir aber für völlig überzogen und aus der Luft gegriffen.

Wenn man bedenkt, dass eine normale Schrippe Getreidekosten von 0,5 ct hat, ergäbe eine 50%ige Getreidepreissteigerung 0,25 ct Getreidekosten je Schrippe zusätzlich. Das rechtfertigt also in keiner Weise die öffentlich diskutierte Preiserhöhung um 5 ct je Schrippe.

Das bisherige Marktordnungssystem der EU hat in der Vergangenheit die europäischen Milcherzeuger vor größeren Schwankungen, wie sie auf anderen Märkten oder global zu spüren sind, bewahrt. Mit der Neuausrichtung der Agrarpolitik findet eine Marktliberalisierung statt, so dass auch in Europa die unterschiedlichen Entwicklungen auf den Weltmärkten deutlicher spürbar werden. Interessant dabei ist, dass sich die Bauernschaft nunmehr „spaltet“. Kleinerzeuger fordern eine Beibehaltung der Milchquote, während Großproduzenten sich stark genug fühlen, am globalen Markt zu bestehen. Im Kern wird es deshalb darum gehen, genau zu prüfen, welche Wirkungen mit welcher Art der Förderung wirklich erreicht wird und welche Zielgenauigkeit besteht.

Aber zurück zu den Themen Klima, Wasserhaushalt und Agrarwirtschaft. Mit diesen werden wir uns zukünftig in ihrer engen Abhängigkeit zueinander noch viel intensiver beschäftigen müssen. Am Anspruch, das Wasser in der Fläche so zu halten, wie es die Flächennutzer brauchen, wird sich das Wassergesetz 2007 messen lassen müssen. Bei der Gewässerunterhaltung ist ein deutliches Mehr an Mitwirkung, Transparenz und Kostenkontrolle gefordert. Die vorgeschlagene Beiratslösung erscheint uns dabei als ein zu kleiner Schritt.

Aber auch dem Zusammenspiel zwischen Landwirtschaft und Wissenschaft kommt eine besondere Rolle zu, z.B. bei der Züchtung von Getreide- und Futtersorten, die neben hohen Qualitätsstandards tolerant sind gegen Kälte und Trockenheit. Es geht darum, landwirtschaftliche Anbaumethoden zu entwickeln, die ohne Gentechnik auskommen und die den Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln weitgehend reduzieren und einen hohen Standard des Gewässerschutzes und der Lebensmittelqualität sichern.

Ich erinnere mich sehr genau an den Besuch in Ihrer Region Herr Helm und den dort diskutierten Fragen.

Auch sind wir nach wie vor der Meinung, dass in Anbetracht von Klimaveränderungen und Bodenverhältnissen eine Mehrgefahrenversicherung in der Landwirtschaft unumgänglich ist. Sie würde überdies dafür sorgen, öffentliche Haushalte unabhängiger zu machen von kurzfristigen Dürrehilfen und einem Jahr für Jahr aktivierten Krisenmanagement. Die Europäische Kommission hat bereits zu Beginn des Jahres 2006 einen Verordnungsentwurf gebilligt, der Landwirten Ausgleichsleistungen im Falle von Krisensituationen erheblich schneller zukommen lässt.

Dabei wird darauf gedrungen, dass sich die Landwirte flankierend gegen solche Schäden versichern und die Wasserbewirtschaftung verbessert wird. Diese beiden Elemente des Risikomanagements sind in Brandenburg unzureichend entwickelt und gehören mit konkreten Schlussfolgerungen in die Berichterstattung im Januar. Der EU folgend werden diese auch ab 2010 nicht länger zu umgehen sein – das macht Brüssel dann zur Bedingung für Beihilfen in Krisensituationen.

Vielleicht ist das auch der Grund, dass sich im Entschließungsantrag der Koalition nun auch die Mehrgefahrenversicherung wiederfindet. Im vergangenen Jahr haben Sie unseren Antrag dazu ja noch abgelehnt.

Ihr Entschließungsantrag zeigt deutlich das Ja zur Debatte – wenn auch nur nichtöffentlich im Fachausschuss.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben ja immer noch die Möglichkeit der parlamentarischen Initiative.